

Protokoll

**zur 4. Generalratssitzung vom Montag, 14. März 2022,
19:30 bis 21:55 Uhr im Kultur- und Konferenzsaal Podium**

Anwesende
Generalräte /
Generalrätinnen:

Fraktion: Die Mitte Düdingen

Aebischer Manuel, Bächler Patrick, Bächler Thomas, Baeriswyl Laurent,
Brülhart Urs, Burri-Ellena Antonietta, Hayoz Ivo, Merkle Anton, Meyer Thomas,
Spicher Erwin, Werro Kuno

Fraktion: gemeinsam weiter (FWD/glp/ML-CSP/Grüne)

Baeriswyl Ivo, Boschung Kai, Fasel Benedikt, Fasel Jano, Jenny Edgar,
Krummen Hansueli, Portmann Wolfgang, Schneuwly André, Schneuwly Nathalie

Fraktion: SP

Aebischer Eliane, Aeschlimann Susanne, Daellenbach Katharina, Haas Markus,
Haymoz Anton, Jungo Thierry, Schneuwly Patrick, Weder Sandy

Fraktion: FDP. Die Liberalen

Bossart David, Stadler Herbert, Zurkinden-Riedo Iris

Total: 41

Fraktion: SVP

Blaser Andreas, Brügger Adrian, Jungo Pascal, Klaus Manuela, Rätzo Renata,
Siegenthaler Stefan, Zbinden Marco, Zurkinden Michael

Fraktion: Junge Liste Düdingen

Fasel Carole, Müller Larissa

Gemeinderäte /
Gemeinderätinnen

Dietrich-Wenger Marianne, Die Mitte; Hauswirth Urs, SP; Johner-Tschannen Anita,
gemeinsam weiter; Mäder Niklaus, SVP; Noth-Lenherr Sara, Die Mitte;
Porchet Dylan, JLD; Schneider Franz, FDP. Die Liberalen

Gemeindeschreiberin

Waeber Eliane

Abteilungsleiter/in

Waeber Eliane

Sitzungsleitung

Fasel Carole, Generalratspräsidentin

Stimmenzähler

Bossart David
Aebischer Manuel
Rätzo Renata

Vizepräsident/-in:

Merkle Anton

Protokollführung:

Waeber Eliane, Gemeindeschreiberin

Presse:

Ruffieux Imelda (Freiburger Nachrichten)
Zurkinden Corina (Radio Freiburg)
Zoellig Marc-Roland (La Liberté)

Entschuldigt:

Fasel Kuno, Die Mitte
Hendry Lukas, gemeinsam weiter
Krattinger Sven, JLD
Jendly Michael, Die Mitte
Jungo Markus, Die Mitte
Lehmann Lara, JLD
Leuenberger Sabrina, JLD
Schaller Patrik, FDP
Schwaller Jeannine, FDP
Beyeler Nicole, Sekretärin des GnR



Stimmberechtigte 6678
Bürger
am 14.03.2022

Mitteilungen

Carole Fasel (JDL): Sie begrüsst alle GnR ganz herzlich zur heutigen Generalratssitzung.

Es freut sie sehr, heute auf die maskenfreien Gesichter blicken zu können. Hoffen wir, dass dies nun wirklich langsam, aber sicher das Ende dieser besonderen Zeit bedeutet. Ihr konntet bereits bei der Einladung entnehmen, dass die Maskenpflicht aufgehoben werden konnte. Das Büro hat jedoch trotzdem entschieden, die Sitzordnung so beizubehalten, damit Personen, welche mehr Schutz möchten oder darauf angewiesen sind, der Abstand wahrgenommen werden kann. Sollte jemand in den nächsten zehn Tagen positiv auf Covid-19 getestet werden, sind wir weiterhin froh, wenn dies der Verwaltung mitgeteilt wird, damit darüber informiert werden kann.

Ihr habt alle das persönliche Couvert mit den Abstimmungskarten auf dem Tisch am Saal-Eingang entgegengenommen. Sie wird bei den einzelnen Traktanden das entsprechende Vorgehen erklären.

Somit eröffnet sie offiziell die Sitzung.

Organisatorisches

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Versammlung auf der Grundlage des Gesetzes über die Gemeinden vom 25. September 1980 abgewickelt wird. Die Einladung für die Versammlung ist allen Generalräten fristgerecht zugestellt worden und wurde auf der Homepage der Gemeinde publiziert. Somit ist die Versammlung gesetzeskonform einberufen worden.

Sie gibt folgende weitere Informationen zur Organisation der Generalratssitzung bekannt:

- Die Sitzung des Generalrates ist öffentlich (Art. 9 GG);
- die Zuschauer/innen können auf den vorgesehenen Plätzen im oberen Bereich des Saals die Sitzung mitverfolgen;
- die Ausstandspflicht (Art. 21 + 65 GG) fällt in die Eigenverantwortung der anwesenden Generalrätinnen und Generalräte;
- Damit wir die Übersicht behalten, bitte ich, Wortbegehren mit Handerheben anzuzeigen und bei der Worterteilung ans Mikrofon auf der linken und rechten Seite der Bestuhlung zu treten. Die Mikrofone werden desinfiziert. Der ideale Abstand zum Mikrofon ist eine Handbreite. Ich bitte die Sprechenden langsam und deutlich sprechen. Und ich bitte die Zuhörenden, sich zu melden, wenn der oder die Sprechende nicht verstanden wird;
- die Stimmkarten (Grün = JA / Rot = Nein) bitte in Richtung der Stimmenzähler aufhalten und lange genug oben bleiben, damit genügend Zeit zum Zählen bleibt;
die zusätzlichen roten A4-Blätter an einigen Sitzlehnen, die euch vermutlich aufgefallen sind, dienen den Stimmenzählern zur Abgrenzung ihrer Zonen;
- die Verhandlungen werden elektronisch aufgenommen (Art. 3 ARzGG). Nach Genehmigung des Protokolls wird die Aufzeichnung gelöscht.
- gemäss Art. 18 GG wird offen abgestimmt, wenn nicht ein Fünftel der anwesenden Generalräte eine geheime Abstimmung verlangt;
- wenn ein anwesender Generalrat ein Abstimmungsverfahren als rechtswidrig betrachtet oder wenn jemand das Gefühl hat, dass bei der Stimmenauszählung ein Fehler gemacht wurde, so ist die Beschwerde sofort bei Feststellung, hier an der Versammlung zu erheben. Spätere Beschwerden müssten zurückgewiesen werden;
- Anträge sind schriftlich abzugeben und müssen an der Versammlung von den Antragstellern nochmals verlesen werden.

Bemerkungen zur Einberufung : ---

Traktanden

- | | | |
|-----------|------------|--|
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 28 | | Generalratssitzungen 2021-2026
Begrüssung und Sitzungseröffnung |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 29 | | Generalratssitzungen 2021-2026
Genehmigung Protokoll vom 09.12.2021 |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 30 | | Parlamentarische Vorstösse 2016 - 2021 / 2021 - 2026
Motionen, Postulate, Anträge |
| | 7.90.0.040 | Konzepte, Maketten |
| 31 | | Arealplanung Leimacker - LeimackerARENA
Vorstellung Machbarkeitsstudie und Masterplan "Leimacker-Arena" |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 32 | | Generalrat
Verschiedenes |
-

Zeichenerklärung	GR	= Gemeinderat	GmV	= Gemeindeversammlung
	GA	= Gemeindeammann	Fiko	= Finanzkommission
	VA	= Vize-Gemeindepräsidentin	GG	= Gemeindegesetz
	GnR	= Generalrat	BZ	= Begegnungszentrum

	0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
28		Generalratssitzungen 2021-2026 Begrüssung und Sitzungseröffnung

1.1. Präsenzliste

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Entschuldigt haben sich vom Generalrat:

- Kuno Fasel
- Lukas Hendry
- Michael Jendly
- Markus Jungo
- Sven Krattinger
- Lara Lehmann
- Sabrina Leuenberger
- Patrik Schaller
- Jeannine Schwaller-Boschung

Somit sind total 41 GnR anwesend. Dies ergibt ein absolutes Mehr von 21 Stimmen.

Entschuldigt ist ebenfalls Nicole Beyeler, Sekretärin des GnR.

1.2. Traktandenliste

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Die Traktandenliste wird durchgegangen.

Es gab noch ein paar Anpassungen bei der Version, welche vorgängig zur Einladung zugestellt wurde. Als erster Punkt war die Vereidigung von Jeannine Schwaller-Boschung als neue GnR vorgesehen. Sie musste sich leider für die Sitzung abmelden, da sie sich in Isolation befindet. Oberamtmann Manfred Raemy hat dementsprechend auch auf seinen Besuch verzichtet. Er lässt ausrichten, dass er die Vereidigung möglichst bald im Oberamt durchführen wird, sodass Jeannine Schwaller-Boschung in den nächsten Wochen als vollwertiges Mitglied des GnR gilt und somit in den Kommissionen mitarbeiten kann. Jeannine Schwaller-Boschung rutscht nach für Irène Raemy, welche die Demission aus der FDP-Fraktion im Dezember bekannt gab. Im Namen des Büros spricht sie den Dank an Irène Raemy für ihren Einsatz im GnR und das Mitwirken in der Gemeindepolitik aus.

Es sind kurzfristig noch zwei weitere parlamentarische Vorstösse eingetroffen. Eine Motion und eine Resolution, welche dem GnR letzten Freitag per Mail zugestellt worden sind.

Bemerkungen zur Traktandenliste : ---

1.3. Mitteilungen aus dem Büro des GnR

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD):

- Massnahmen/Apéro: Wie bereits anfangs mitgeteilt, konnten wir die Massnahmen anpassen. Es ist ebenfalls wieder möglich, das Apéro im Anschluss an die Sitzung im gewohnten Rahmen durchzuführen. Die Verwaltung hat deshalb wieder das Nötige organisiert und die Fraktion der FWD/Grüne/GLP/ML-CSP kümmert sich heute um den Ausschank. Herzlichen Dank im Voraus dafür. Die Büromitglieder haben eine aktualisierte Übersicht des Apéro-Turnus erhalten, damit jede Fraktion weiss, wann sie an der Reihe ist. Wir erinnern aber trotzdem daran, dass das Apéro freiwillig ist und jeder in Eigenverantwortung handelt und entscheidet, ob er oder sie am Apéro teilnimmt oder nicht.
- Parlamentsausflug: Die Gruppe mit den Vertretern der Fraktionen hat sich getroffen und die Planung in die Hand genommen. Die definitive Einladung wird im Verlaufe dieser Woche folgen. Klar ist, dass es ein Morgenprogramm inkl. Mittagessen geben wird. Sie bittet, den Samstag, 9. April 2022 weiterhin zu reservieren. Aus organisatorischen Gründen ist eine An- oder Abmeldung bis am 1. April 2022 nötig. Die genaueren Infos folgen per Mail.

1.4. Mitteilungen aus dem Gemeinderat

GA Urs Hauswirth: Kurz ein paar Worte zu dem, was uns im GR seit der letzten GnR-S vom 9. Dezember 2021 beschäftigt hat und nicht bereits über die Website, über das Mitteilungsblatt oder via E-Mail verbreitet wurde:

Seit dem neuen Jahr arbeiten wir mit dem Geschäftsleitungsmodell für die Führung der Gemeindeverwaltung.

Das Neujahrskonzert hat Tourismus Düdingen zu aller Zufriedenheit super organisiert. Die anwesenden waren sicher alle froh, wieder im grösseren Rahmen Kultur und Musik zu geniessen. Dann durften wir auch noch die Vertretungen von den ansässigen Landeskirchen zum Neujahrspéro einladen.

Aber nur so musikalisch und gemütlich, geht's dann doch nicht nur zu und her. So sind meine GR-Kolleginnen und Kollegen mit allen möglichen Gremien in Kontakt, um Aufgaben voranzutreiben und Lösungen und Entscheidungen zu finden. So erhielten wir dann endlich grünes Licht für die Schulsozialarbeit (nachfolgend SSA). Die SSA wird für das neue Schuljahr 2022/2023 in Düdingen auch für die Primarschule endlich zur Tatsache.

Berechnet gemäss den Schülerzahlen im Schulkreis der Primar- und Orientierungsschulen von Düdingen und Bösinggen spricht der Kanton für die SSA 70-75 Stellenprozente für die Primarschule Düdingen. Der Kanton schreibt daher nächstens die Stellen aus. Auch die bestehende Stelle für die OS wird neu ausgeschrieben. Hier gibt es einen kleinen Wermutstropfen, die SSA für die OS wird um 5 %, auf 45 Stellenprozente gekürzt.

Das Rollout sieht vor, dass ab 2024 die gesetzliche Vorgabe der Finanzierung durch Kanton und Gemeinde zu je 50 % erfüllt ist. Die gesprochenen 50 % Finanzierung durch die GnR sind ins Budget eingestellt. Trotz aller Anstrengungen erfolgt die Einführung zwar nicht wie erwünscht auf den 1. Mai 2022, dafür zu höheren Pensen von 70-75 %.

Ausserschulische Betreuung: Um die Angebots- und auch die Liegenschaftssituation planbar zu gestalten, wurde von unserer Seite her, das Angebot der ASB auf 98 Plätze plafoniert, bis der Neubau des Schulhauses fertiggestellt ist. Einzig Mittagsmodule können vom GR nach Bedarf noch geprüft werden. Mit den aktuellen Räumlichkeiten inkl. EG im Thaddäusheim sollten so die Betreuungsbedürfnisse bis zum Schuljahr 2026/2027 abgedeckt sein.

Die Eröffnung der 3. Kitagruppe im September 2022 verzögert sich noch. Die synergiebringenden Wohnungen in der Spichermatte stehen noch nicht zur Verfügung. Im Moment sind jedoch private Kitas dabei, deren Angebot auszubauen.

Als Folge vom Postulat "Chancengleichheit beim Eintritt in den Kindergarten" hat der GR CHF 10'000.- gesprochen, damit Familien mit tiefen Einkommen eine finanzielle Unterstützung für den Besuch der Spielgruppe beantragen können. Im Moment läuft die Anmeldefrist für das Spielgruppenangebot. Und in dem Zusammenhang, steht eine Anfrage im Raum betreffend Übernahme der Spielgruppe in die Strukturen der Gemeinde. Abklärungen sind am Laufen.

VALTRALOC: Der GR hat das Pflichtenheft-Konzept genehmigt. Das Pflichtenheft wird nun an Planerbüros zwecks Offerteneinholung zugestellt. Die zu erbringende Leistung des Planers besteht darin, das VALTRALOC-Konzept aus dem Jahre 2003 an die heutigen Rahmenbedingungen anzupassen.

Der GR hat eine Spende von CHF 7'500.- für die Glückskette beschlossen, um die Schutzsuchenden oder Hilfeleistenden zu unterstützen, welche von diesem unfassbaren Gewaltsausbruch in der Ukraine betroffen sind. Dies entspricht bereits fast der Hälfte des Jahresbudgets der geplanten Auslandhilfe.

Letzte Woche hat ein Austausch mit dem Staatsrat Steiert und einigen seiner Mitarbeiter aus der Direktion für Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt (RIMU) und mit der Region Sense betreffend dem weiteren Vorgehen im Dossier Entlastungstrasse Birch-Luggiwil stattgefunden. Alle sind sich einig, dass umgehend mit dem ASTRA Alternativlösungen für die nicht bewilligte Verbesserung vom Autobahnanschluss zu suchen sind und bereits im April müssen weiterführende Gespräche stattfinden.

Region Sense: Es fand gerade letzte Woche ein Informationsabend für alle GR des Sensebezirks statt. Das Thema: "Zukunft Gemeindeverbände Sensebezirk".

Die Sensler Gemeinden sowie die Gemeindeverbände Region Sense, Orientierungsschule Sense und Gesundheitsnetz Sense stehen in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Die kantonale Gesetzgebung überträgt immer mehr Aufgaben auf die regionale, überkommunale Ebene. Eine Analyse bei den Gemeinden im Jahr 2020 hat ergeben, dass deshalb zwischen den drei Organisationen eine stärkere Zusammenarbeit angestrebt werden soll. Mit dem Ziel, die bestehenden, eher knappen Ressourcen besser zu nutzen und damit die regionale Entwicklung zu fördern.

Diverse Gespräche zwischen den Gemeindeverbänden haben die Idee gestärkt, dass mit einem einheitlichen Gemeindeverband, mit verschiedenen eigenständigen Organisationseinheiten (Region, OS, Gesundheit, Feuerwehr usw.) den Herausforderungen für die Zukunft am besten begegnet werden.

Er gibt den GnR einmal die Übersicht über Regionale Aufgaben bekannt:

- Regionaler Richtplan
- Regionale Bewirtschaftung der Arbeitszonen
- Regionaler Gewässerrichtplan (Gewässerbewirtschaftung)
- Regionale Feuerwehr (Bemerkung: ist ab 01.01.2023 von Gesetzes wegen regional zu organisieren)
- Regionaler Sozialdienst
- Regionale Verwaltung der Pflegeheimanmeldungen und -Plätze
- Regionale Planung der Langzeitpflege und der Hilfe und Pflege zuhause
- Umsetzung der Massnahmen Senior+ und des Gesetzes über die sozialmedizinischen Leistungen (SmLG)
- Regionale Tourismusorganisation (neues Tourismusgesetz)
- Landschaften von kantonaler Bedeutung
- Umsetzung der neuen Regionalpolitik (NRP)
- Energiestadt Sensebezirk

Fast in allen Aufgabenbereichen wird im Moment aktiv an diversen Strukturverbesserungen gearbeitet.

Das Ziel vom gestarteten Projekt in der Region Sense: Die drei bestehenden Gemeindeverbände sollen als eigenständige Organisationseinheiten unter diesem gemeinsamen Dach zusammengefasst werden.

Dafür erarbeitet ein Lenkungsausschuss, bestehend aus den Präsidien der Region Sense, OS Sense und Gesundheitsnetz Sense und den Geschäftsführenden der Gemeindeverbände, einen Vorschlag für eine Organisationsform mit neuen Statuten, für einen einheitlichen Sensler Gemeindeverband (Mehrzweckverband).

Am 8 März 2022 fand auch eine Sitzung des Lenkungsausschusses betreffend "Gesamtverkehrskonzept Untere Sense" statt. Die Studie des Kantons erarbeitet ein Zielbild über das Gesamtverkehrssystem. Das Zielbild stützt sich auf die Erläuterungen der Bundesstrategie 4V und den kantonalen Zielen gemäss kantonalem Richtplan. Was ist das 4V? 4V heisst:

- Verkehr vermeiden
- Verkehr verlagern
- Verkehr verträglich gestalten
- Verkehr vernetzen

In den vergangenen Monaten hat das durch den Kanton beauftragte Planungsbüro unter Einbezug der fachlichen Begleitgruppe die Massnahmen und die Massnahmenpakete des Gesamtverkehrskonzept Untere Sense ausgearbeitet. Die Zielbilder und die vorgeschlagenen, noch zu diskutierenden Massnahmen, werden dann in den Regionalen Richtplan integriert. Dieser Regionale Richtplan geht dann ab Mitte 2022 in die öffentliche Vernehmlassung.

Das vorerst von seiner Seite. Er wünscht allen eine gute GnR-Sitzung und gibt das Wort zurück an die Generalratspräsidentin, Frau Carole Fasel.

0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
29	Generalratssitzungen 2021-2026 Genehmigung Protokoll vom 09.12.2021

Beschreibung

Das noch nicht genehmigte Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 09.12.2021 lag in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf und konnte auf der Homepage unter www.duedingen.ch (Rubrik: Politik/Generalrat/Publikationen) eingesehen werden.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, das Protokoll der Generalratssitzung vom 9. Dezember 2021 zu genehmigen.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 41

Das Protokoll Nr. 3/2021-2022 der Sitzung des GnR vom 09.12.2021 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

30 **Parlamentarische Vorstösse 2016 - 2021 / 2021 - 2026** Motionen, Postulate, Anträge

3.1 **Postulat "Zukünftige Gemeindebauten in Düringen werden nachhaltig und ökologisch unter Nutzung von Ressourcen und Produkten aus der Region gebaut."**

Ressort GR Marianne Dietrich

Die GnR Portmann Wolfgang (gemeinsam weiter FWD/glp/ML-CSP/Grüne), Zurkinden Michael (SVP), Weder Sandy (SP), Zurkinden-Riedo Iris (FDP), Jendly Michael (Die Mitte), Müller Larissa (JLD), Krummen Hansueli (gemeinsam weiter FWD/glp/ML-CSP/Grüne) und Schneuwly André (gemeinsam weiter FWD/glp/ML-CSP/Grüne) haben mit Schreiben vom 14. Dezember 2021 ein Postulat "Zukünftige Gemeindebauten in Düringen werden nachhaltig und ökologisch unter Nutzung von Ressourcen und Produkten aus der Region gebaut. Als Beispiel: Das Projekt des Erweiterungsbaues der Primarschule Wolfacker mit den Zusatzräumen für die Ausserschulische Betreuung (ASB)" eingereicht.

Die Gemeinde Düringen ist im Besitz von 29 Hektaren und die Pfarrei von 12 Hektaren Wald. Das Postulat verlangt, dass der GR, den lokalen Rohstoff "Holz" zukünftig nach Möglichkeit und in Absprache mit den Besitzerinnen vermehrt in die Gemeindebauten einbezieht.

Im Postulat stellen die Verfasser dem GR Fragen betreffend der Projektorganisation, der Nachhaltigkeitsziele, der Bauweise, dem Einsatz von Fachpersonen aus dem Holzbau und der Kriterien einer Projektbewertung für das neu zu planende Primarschulhaus mit der ausserschulischen Betreuung ASB.

Das Büro des GnR hat beschlossen, dieses Postulat an der Versammlung vom 14. März 2022 zu behandeln.

Einleitung:

Wolfgang Portmann (gemeinsam weiter): Er spricht für die Fraktion FWD/glp/ML-CSP/Grüne. Braucht es ein solches Postulat? Dies war für ihn die erste Frage und über diese wurde lange diskutiert. Wir finden: Ja unbedingt. Und zwar aus folgenden Gründen: Um neue Wege in Richtung ökologisches Bauen zu gehen. Um unseren Wald besser zu nutzen, damit er auch für die Zukunft fitter gemacht werden kann. Den Wald besser pflegen und nutzen, damit er auch finanziell wieder rentiert.

Einige nennenswerte Punkte aus unserem Postulat: Zukünftige Gemeindebauten in Düringen sollten nachhaltig und ökologisch unter Nutzung von Ressourcen und Produkten aus der Region gebaut werden, z.B. das Holz unserer Gemeinde nutzen. Auf Kantonsebene wurden bereits mehrere Objekte aus Holz aus unserer Region gebaut.

Deshalb beantragt der GnR den GR, für die fünf Punkte aus unserem Postulat, betreffend weitere Bauten in der Gemeinde, zu beantworten, um das Wohl und die Zukunft unserer nächsten Generation in den Vordergrund zu stellen.

Er hatte Kontakt mit Pürro Daniel, Regionalförster. Er wäre sofort bereit, uns dort weiterzuhelfen. Auch damit wir wissen, wie viele Bestände aus unserem Wald genutzt werden könnten.

Damit bleibt ihm nur der Dank an alle, welche das Postulat unterstützen können und damit etwas für die Zukunft leisten möchten und vor allem etwas für den Wald machen möchten. Wir können nur für den Wald etwas machen, indem wir versuchen die Ressourcen, welche wir hier haben, zu nutzen.

GR Marianne Dietrich: Besten Dank für das Postulat. Dies zeigt uns einmal mehr, wie wichtig es ist, zu unserer Umwelt Sorge zu tragen. Eigentlich ist das schon immer die Strategie der Gemeinde Düringen. Wir haben alle Liegenschaften, ausser das Thaddäusheim, an der Fernwärme angeschlossen. Unsere Liegenschaften werden mit 85 % Holzschntzel geheizt. Dies ist immerhin schon etwas. Die Fragen werden wir zu gegebener Zeit beantworten. Was sie schon heute sagen möchte ist, dass zur Schulraumentwicklung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen wird. Wir möchten uns von einem professionellen neutralen Planungsbüro begleiten lassen. Dort ist die Nachhaltigkeit sicherlich ein grosses Thema.

Der GR empfiehlt das Postulat zur Überweisung.

Er wird die Fragen mit der geplanten Arbeitsgruppe "Neues Primarschulhaus/ASB" im Jahr 2022 unter Einbezug der zuständigen Kommissionen abklären.

Wortmeldungen:

Herbert Stadler (FDP. Die Liberalen): Die Fraktion FDP. Die Liberalen hat das Postulat ausführlich diskutiert. Die Nachhaltigkeit ist für die FDP-Fraktion absolut notwendig und unterstützungswert. Wenn man dieses Postulat liest, denkt man im ersten Moment, dass es wirklich nachhaltig ist. Er erlaubt sich ein paar Gedanken kundzutun. Er selbst ist auch seit Jahren in der Holzwirtschaft tätig und erlaubt sich dadurch eine gewisse Sachkompetenz.

Nachhaltigkeit muss aus unserer Sicht auch mit der Kosteneffizienz kombiniert werden. Die bestehenden Marktkräfte müssen verstanden werden. Wie funktioniert die Holzwirtschaft und wo kommt das Holz her. Dies muss entsprechend berücksichtigt werden. Der Finanzbedarf der Gemeinde Düringen wird in den nächsten Jahren eine der ganz grossen Herausforderungen sein. Wir müssen alles dafür tun, damit weitere Steuererhöhungen verhindert werden können. Aus diesem Grund sollten wir dem GR alle Handlungsoptionen offenlassen und ihn nicht einschränken. Ob das Bauen mit Holz oder mit anderen Materialien vorgegeben wird, sollte unbedingt im Rahmen der Kosteneffizienz betrachtet werden. Bauen mit Holz ist zwar schön und nicht schlecht, aber auch per Definition nicht immer nachhaltiger. Es kommt auf das Objekt darauf an.

Die FDP unterstützt das Bauen mit Schweizer Holz, sofern ein Holzbau die richtige und kosteneffizienteste Realisierungsvariante für das entsprechende Gemeindegebäude ist.

Die Schweizer Holzwirtschaft bezieht ihre Holzressourcen aus verschiedenen Quellen. Jeder Lieferant von Holzprodukten hat auch ebenfalls seine etablierten Lieferanten, um am Markt mit konkurrenzfähigen Preisen auftreten zu können. Holzprodukte können zu vertretbaren Kosten bezogen werden. Dies kann er aus eigener Erfahrung aus seinem Betrieb bestätigen. In seinem Betrieb bezieht er seit Jahren 90 % vom eingekauften Holz aus Schweizer Holz.

Als Beispiel kann auch erwähnt werden, dass viele Schreinereien heute Türen, Fenster, Küchen und andere Produkte aus ausländischer Produktion anbieten und das Material für diese Produkte nicht aus der Schweiz stammt. Ob die Gemeinde Düringen bei ihren Bauten dies ändern kann, muss jeder GnR für sich selber beantworten. Ob wir wirklich vorgeben wollen, dass bspw. das neue Schulhaus mit Fenster und Türen aus Holz vom Horiawald gemacht werden muss, ob dies realistisch ist, müsst ihr selbst beantworten.

Bezugsgeografie sogar für Holz aufs Gemeindegebiet einzuschränken für ein Projekt, dies erachten wir als zusätzlichen Koordinationsaufwand, welcher mit grosser Wahrscheinlichkeit, nur Kosten bringt und wenig in Bezug auf die Nachhaltigkeit.

Die FDP-Fraktion befürwortet eine nachhaltige Nutzung von Schweizer Baustoffen und vor allem auch die Berücksichtigung von lokalen Unternehmen und bei den Bauprojekten der Gemeinde eingesetzt werden können. Damit die Unterhaltskosten über die gesamte Lebensdauer in Griff gehalten werden. Für den Erhalt der Waldwirtschaft, bei der dies nötig ist auf dem Gemeindegebiet, sehen wir andere Massnahmen. In den letzten zwei Jahren sind die Holzpreise explodiert. Je nach dem was verglichen wird, z.B. Konstruktionsholz, ist um ca. Faktor 4 gestiegen. Eigentlich sehr viele Holzverarbeiter in der Schweiz haben gewinnbringend nach Holz gesucht.

Aus unserer Sicht wäre es viel sinnvoller, dass Holz aus unseren Gemeindewäldern den Holzverarbeitern als Schweizer Holz zu verkaufen. Die Preise sind aktuell sehr gut. Dann kann sich die Gemeinde Düringen frei auch mit Schweizer Holz mit den richtigen Lieferanten bedienen. Aus diesen Gründen, ein sehr schönes Postulat. Die Beweggründe sind sehr begrüssenswert, aber wir erachten es als nicht realisierbar und empfehlen das Postulat aus diesem Grund zur Ablehnung.

Erwin Spicher (Die Mitte): Die Fraktion, die Mitte, hat sich eingehend mit dem Postulat für Nachhaltigkeit und Ökologie befasst und ist zum Schluss gelangt, das Postulat zu unterstützen.

Die Nutzung von eigenem Holz ist wünschenswert und trägt dem ökologischen Gedanken und dem Klimaschutz bei.

Wir die Mitte, finden aber, dass wir noch ein Stück weiter gehen sollten und einstehen, für eine gesamte Überlegung, einer nachhaltigen Bauweise.

Nachhaltigkeit besteht nicht nur auf der regionalen, resp. gemeindeinternen Nutzung von Werkstoffen, in diesem Fall Holz. Auch Gedanken über Recycling-Beton, Ökologie von Materialien, z.B. Farben usw. müssen gemacht werden.

Wir, die Mitte finden, dass auch Minergie-Eco ein Begriff sein sollte. Minergie-Eco ergänzt die drei Minergie-Baustandards mit dem Thema Gesundheit und Bauökologie. Dabei werden gesundheitliche Aspekte in den Themen „Tageslicht“, „Schallschutz“ und „Innenraumklima“ berücksichtigt.

Die Themen „nachhaltiges Gebäudekonzept“, „Materialisierung und „Prozesse“ sowie „Graue Energie“ beinhalten bauökologische Anforderungen.

Auch dem natürlichen Gebäudeschutz und der Qualität der Materialien, auch der Ausführung, sollte Nachdruck verliehen werden.

Die Fraktion, die Mitte wird das Postulat einstimmig unterstützen.

Sandy Weder (SP): Das Postulat verlangt, zukünftige Immobilien in Düringen unter Nutzung von Ressourcen aus der Gemeinde und der Region zu bauen. Dies sollte unserer Meinung nach, eine grundsätzliche Bestrebung sein und nicht nur, aber auch, im Hinblick auf das neue Schulhaus gefordert werden.

In der Immobilienstrategie 2030 sind einige Um- und Neubauten geplant. Deshalb ist jetzt ein geeigneter Zeitpunkt, den vermehrten Einsatz von Holz aus der Region und auch aus der Gemeinde als Baustoff zu prüfen und dann gezielt zu fördern.

Die Gemeinde Düringen steht in ihrem Strategiebericht dafür ein, die ökologischen Standards und die klimapolitischen Anforderungen zu erfüllen. Jetzt können wir es umsetzen.

Damit unterstützt unsere Gemeinde auch das Vorgehen und die Bestrebungen des Kantons auf mehr Nachhaltigkeit zu setzen.

Wir von der SP unterstützen dieses Postulat einstimmig.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung des Postulates darüber zu befinden.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 41

Das Postulat wird mit 39 JA-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und bei 1 Enthaltung überwiesen.

3.2 Motion "Jahres-Generalabo Ortsbus Gemeinde Düringen."

Ressort GR Niklaus Mäder

Der GnR Vize-Präsident Merkle Anton (Die Mitte) hat mit Schreiben vom 10. Januar 2022 die Motion "Jahres-Generalabo Ortsbus Gemeinde Düringen" eingereicht.

Die Motion verlangt, dass die Gemeinde Düringen baldmöglichst ein Jahres-Generalabonnement für das gesamte Netz des Ortsbusses in Düringen zu einem Richtpreis von CHF 70.- bis höchstens CHF 80.- pro erwachsene Person anbietet. Die Motionäre sind überzeugt, dass mit einem nicht all zu teuren Generalabonnement die Nutzung des Ortsbusses stark zunehmen wird.

Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Motion an der Versammlung vom 14. März 2022 zu behandeln.

Anton Merkle (Die Mitte): Er zieht seine Motion heute zurück, weil diese mit der jetzigen Antwort vom GR wohl von niemanden unterstützt worden wäre. Er wird sich jedoch erlauben, die Motion in der Märsitzung nochmals zu unterbreiten.

Nach Rücksprache mit der Fraktion, sind wir alle etwas enttäuscht von der Antwort des GR. Zwar stimmt es, dass eine Bewilligung einer Abo-Fahrkarte zu Lasten der Gemeinde ausfallen würde. Das Entscheidende ist aber, dass nach einer 4-jährigen Einführungsphase ein Kostendeckungsgrad von 20 % erreicht werden muss, ansonsten scheitert das Ganze. In Anbetracht dieser leer herumfahrenden Busse, verursacht vor allem durch den hohen Einzelfahrpreis von CHF 2.20, welcher nur eine Stunde gültig ist und dem hohen Preis fürs Jahresabo von CHF 620.-, muss sich die Frage gestellt werden, ob dieser Kostendeckungsgrad erreicht werden kann.

Enttäuschend deshalb, dass die Gemeinde nach einem Jahr Ortsbus keine eindeutigen Angaben über die Ausnützung dieses Busses machen kann. Scheinbar könne dies die TPF zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht.

Seit beschlossen wurde, dass beim Gänseberg kein grosses Parkhaus zustandekommt, ist klar, dass der Ortskern und die Peripherie mit dem Ortsbus verbunden werden muss. Das Projekt Ortsbus darf auf keinen Fall sterben. Aber niemand kann defizitär herumfahren, vor allem jetzt bei den steigenden Energiepreisen. Das trifft sicherlich auch auf die TPF zu.

Zum Schluss fordert er den GR auf, die Angelegenheit noch eingehender zu studieren. Mit der AGGLO und TPF muss dies nochmals analysiert werden. Er erwartet vom GR zumindest einen Gegenvorschlag zu seiner Motion. Es fällt ihm sicherlich kein Zucken aus der Krone seine Motion zurückzuziehen, wenn es einen guten Gegenvorschlag geben würde. Ansonsten wird einfach im Mai über die Motion abgestimmt. Er ist sich sicher, wenn alles in Betracht gezogen wird, dass seine Motion doch noch eine Chance haben könnte. Und vergesse nie: Der Drache steigt am besten gegen den Wind.

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Somit entfällt die Abstimmung über diese Motion und sie nimmt an, dass der GR nicht bereits jetzt Stellung bezieht.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

3.3 Weitere parlamentarische Vorstösse

3.3.1 Motion "Nothilfe Ukraine"

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Letzte Woche hat GnR Michael Zurkinden eine Motion bezüglich der Notsituation in der Ukraine für die heutige Sitzung eingereicht und aufgrund der Umstände darum gebeten, die reguläre Frist von 60 Tagen für parlamentarische Vorstösse zu erlassen. Das Büro hat der Begründung für die Kurzfristigkeit zugestimmt und die Motion nach einer kleinen formellen Korrektur zugelassen, sodass heute darüber befunden werden kann.

Die Motion verlangt, dass der GR einen Antrag für einen Nachtragskredit in der Höhe von CHF 42'500.- beantragt und diesen Betrag für die Nothilfe in der Ukraine spendet. Dieser Betrag entspricht rund CHF 5.- pro Einwohner oder gut einem Promille des Jahresbudgets 2022.

Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Motion an der Versammlung vom 14. März 2022 zu behandeln.

Michael Zurkinden (SVP): Besten Dank an das Büro unter der Leitung von Carole Fasel für das unkomplizierte Handeln, damit wir hier vorwärtskommen.

Vor gut eineinhalb Wochen, nachdem er wiederholt die Reportage aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine mitverfolgt hat, sagte er zu sich, da muss geholfen werden. Möglichst rasch und unkompliziert. Diese erschütternden Bilder sind nicht irgendwo auf der Erde, sondern hier in Europa. Wir sind diesmal noch viel mehr betroffen als in der Vergangenheit bei anderen Konflikten. Umso grösser muss die Solidarität von uns sein. Er ergriff deshalb die Initiative und schrieb spontan einen Antrag, um Hilfe zu holen.

Begehren

Die Gemeinde spendet für die Nothilfe in der Ukraine einen Betrag von Minimum CHF 42'500.-. Dies entspricht rund CHF 5.- pro Einwohner oder gut einem Promille des Jahresbudgets 2022. Ein Fünfliber ist für ihn symbolisch gewesen, wenn man denkt, was ist ein Fünfliber im Geldbeutel, das sollte doch getragen werden können. In Anbetracht, dass der GR für eine nicht budgetierte Ausgabe von mehr als CHF 20'000.- zuerst einen Nachtragskredit beantragen muss, verlangt er mit dieser Motion, dass die Exekutive der Legislative einen Antrag für einen Nachtragskredit in erwähnter Höhe beantragt, um den Betrag zu Gunsten der betroffenen Menschen in der Ukraine zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Krieg bringt Leid und Verwüstung über die Menschen in allen Teilen der Ukraine und stellt eine humanitäre Katastrophe von erschreckendem Ausmass dar. Aktuell spitzt sich die humanitäre Lage in der Ukraine weiter zu. Das Bedürfnis nach Hilfsgütern und Unterstützung ist enorm gross.

Zum Zeitpunkt des Erfassens dieser Motion sind bereits über eine Million Menschen auf der Flucht. Heute natürlich mittlerweile bereits mehr. Neben Kriegshandlungen wird die Situation für Flüchtende zusätzlich durch Kälte und fehlende Hilfsgüter verstärkt. Das Bedürfnis nach Spenden und humanitärer Unterstützung ist entsprechend gross. Verschiedene Non-Profit-Organisationen und Hilfswerke engagieren sich unermüdlich, dass Nahrungsmittel, Hilfsgüter, Kleider etc. an die betroffenen Menschen verteilt werden.

Er ruft zu Solidarität mit den betroffenen Menschen auf. Die Gemeinde Dürnten könnte als Vorbild für andere Gemeinden werden, um die Bereitschaft zum Spenden zusätzlich zu fördern.

Es ist dem Motionär bewusst, dass man nicht jedes Krisengebiet finanziell unterstützen kann. In diesem Fall jedoch sprechen wir von Europa und die Schweiz wird in diesem Zusammenhang früher oder später mit diesen Konsequenzen leben müssen. Wie wir gerade in jüngster Vergangenheit erlebt haben.

Wir haben heute Abend erfahren, dass die Gemeinde bereits etwas gespendet hat. Er hat dies jedoch offiziell nicht mitbekommen oder verpasst. Er hat dies bilateral erfahren. Er bittet trotzdem das Gemeindeparlament der Motion zuzustimmen, damit der GR den Betrag für die Nothilfe in der Ukraine mit dem Nachtragskredit spenden kann. Er dankt für die Unterstützung.

GR Anita Johner: Der GR hat bereits letzten Montag CHF 7'500.- für die Glückskette gesprochen. Das ist beinahe die Hälfte des Geldes, welches uns für die Auslandhilfe zur Verfügung steht. Sie als Ressortverantwortliche dürfte selbst über die Ausgabe entscheiden, hat es jedoch mit dem GR besprochen. Wir haben anlässlich der GR-Sitzung auch heute nochmals darüber diskutiert. Es werden auch in Zukunft Herausforderungen auf die Gemeinde zukommen. Es gibt Familien, welche Flüchtende aufnehmen. Wir werden auch in Zukunft Integrationsthemen haben und wären froh, auch da noch Geld in die Hand nehmen können.

Wortmeldungen:

Benedikt Fasel (gemeinsam weiter): Auch uns macht der Krieg in der Ukraine sehr betroffen. Wir begrüssen daher die Initiative der SVP etwas für die Notleidenden zu unternehmen. Jedoch sind wir der Meinung, dass die Motion einige Schwachstellen aufweist und wir entscheiden einzeln über die Annahme der Motion nach der Diskussion.

Folgende Punkte haben uns zu dieser Position veranlasst:

- Wie GR Anita Johner vorhin erwähnt hat, verfügt der GR über ein Budget von insgesamt CHF 47'700.- für genau solche Katastrophen. Davon sind in der Regel rund 2/3 (CHF 31'800.-) für das Inland vorgesehen (z.B. Überschwemmungen) und 1/3 (CHF 15'900.-) für das Ausland. In seiner Sitzung vom 07.03.2022 hat der GR bereits beschlossen, CHF 7'500.- in die Ukraine zu spenden.

- Wir finden es sehr riskant, mit diesem Vorgehen einen Präzedenzfall zu schaffen, um nachträglich Ausgaben in ein bereits beschlossenes Budget einzufügen. Und dies sogar ohne vorherige Prüfung durch die Fiko. Der GR hat bereits ein Instrument, um in solchen Notfällen angemessen reagieren zu können. Lassen wir ihn arbeiten und ihn zuerst dieses Instrument nach seinem Ermessen einsetzen.
- Wir wissen nicht, wie lange der Konflikt und die humanitäre Katastrophe noch andauert und was alles noch auf die betroffenen Personen und uns zukommen wird. Sicher ist einzig, dass die Krise noch anhält und wir erst die Spitze des Eisbergs erahnen können. Der Einsatz der vorhandenen Mittel und auch etwaige zusätzliche Ausgaben sollten nicht vorschnell erfolgen, sondern auch langfristige Auswirkungen berücksichtigen.

Wir würden es stattdessen sehr schätzen, wenn dieses Geld hier in der Gemeinde bleibt und für Integrationsprojekte verwendet wird. Für die Schule, aber z.B. auch um die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privatpersonen finanzieren zu können. Denn es ist sicher, dass in sehr naher Zukunft auch hier in Düringen neue Flüchtlinge leben werden. Wir würden uns freuen, wenn wir alle, aus allen Regionen der Welt, bei uns mit offenen Armen willkommen heissen und sie aktiv in unsere Kultur und unser Leben integrieren würden.

Wir haben noch folgende drei Fragen an die Motionäre:

1. Seid ihr als Motionäre auch einverstanden in einer Phase 2 weitere Zusatzkredite zu sprechen, wenn die Flüchtlinge hier in Düringen sind?
2. Wem wollt ihr diesen Betrag spenden?
3. Als Beispiel könnt ihr euch vorstellen den Betrag aufzuschlüsseln, von den gut CHF 45'000.- z.B. CHF 30'000.- ins Ausland gespendet werden und CHF 15'000.- hier in der Gemeinde eingesetzt werden?

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Kurze Anmerkung betreffend Geldsprechung ohne Prüfung durch die Fiko. Wenn die Motion heute Abend angenommen wird, dann muss der Nachtragskredit vom GR beantragt werden. Dies aus dem Grund, da die Fiko Stellung nehmen muss und dann muss der GnR nochmals darüber abstimmen.

Michael Zurkinden (SVP): Zur letzten Frage: Je mehr umso besser, aber unter dem Strich ist es nicht so tragisch, ob es CHF 10'000.- oder CHF 15'000.- sind. Es ist wichtig, dass geholfen wird. Ob dieser Schlüssel noch diversifiziert wird, ist nicht relevant. Fakt ist, dass Hilfe fliesst.

Die zweite Frage betreffend Hilfsorganisation: Ist auch nicht so relevant. Es kann die Glückskette, Save the Children etc. sein. Er denkt, dass der GR die richtige Hilfsorganisation auswählen wird.

Zur ersten Frage: Grundsätzlich ist es die Idee einer Soforthilfe. Wir wissen aus den Medien, dass diejenigen Flüchtlinge, welche bereits in der Schweiz sind, möglichst rasch nach Kriegsende wieder in ihr Heimatland zurückwollen. Er hat nicht das Gefühl, dass wir langfristig planen müssen, sondern es soll eine Soforthilfe sein, in der Hoffnung, dass diese Leute dann wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Susanne Aeschlimann (SP): Die SP-Fraktion unterstützt das Begehren von GnR Michael Zurkinden einstimmig, welche mit der Motion "Nothilfe Ukraine" fordert, dass die Gemeinde einen Betrag von CHF 42'500.- für die Nothilfe in der Ukraine spendet und den Menschen direkt vor Ort zugutekommt. Denn die Not in der Ukraine ist sehr gross.

Und doch muss sie ehrlicherweise zugeben, hatte sie anfangs bedenken, ob sie diese Motion befürworten kann. Sie findet, dass wir uns während Krisenzeiten extrem bemühen müssen, uns an Abmachungen zu halten. Verlässlichkeit vermittelt nämlich Sicherheit und dies sollte nach Möglichkeit eingehalten werden. Nach Art. 38 im GnR-Reglement steht, dass Motionen in der Regel mindestens 60 Tage vor der Sitzung eingereicht werden müssen. Aus aktuellem Anlass konnte diese Frist nicht eingehalten werden. Allerdings wissen wir schon seit Jahren, dass im Osten der Ukraine Krieg herrscht. Wir haben es versäumt, uns zu engagieren.

Zudem findet sie, dass es nicht sein darf, dass wir erst handeln, wenn der Krieg zum Fürchten nah ist oder die schutzsuchenden Menschen dieselbe Augenfarbe haben wie du und ich.

Diese kurzfristig eingereichte Motion wirft jedoch eine Grundsatzfrage auf, steht entsprechend für solidarisches und verantwortungsbewusstes Handeln im Hier und Jetzt, aber auch in der Zukunft.

Doch die SP-Fraktion ist überzeugt, dass diese Notspende nicht ausreicht.

Auf der Webseite Flüchtlingshilfe.ch ist heute zu lesen, dass bereits über 2.8 Millionen ukrainische Personen geflohen sind. Nach ersten Schätzungen beträgt der Anteil der Kinder unter den Schutzsuchenden 50 Prozent. Die humanitäre Lage spitzt sich von Stunde zu Stunde zu.

Düdingen sollte ihren Solidaritätsbeitrag auch hier vor Ort in Düdingen beweisen und Schutzsuchenden geeignete Unterbringungsplätze, Ansprechstellen und Informationen zur Verfügung stellen. Soziale Kontakte vernetzen und ermöglichen. Kindern schnellstmöglich Farben, Papier, ein Spiel, Schulmaterial für den Alltagsgebrauch zur Verfügung stellen. Deutschkurse organisieren. Schutzsuchenden Zeit schenken und mit ihnen das Dorf auszukundschaften, sie auf einen Spaziergang oder ein Zvieri einladen. Menschen mit ihren traumatischen Erlebnissen darf man nie alleine lassen.

In dieser komplizierten und bedrohlichen Zeit dürfen wir uns selbst jedoch nicht vergessen. Schlecht schlafen, gereizte Stimmung, darf man sich noch freuen oder lachen oder ist es nicht mehr angebracht. Kurz: die aktuelle Lage wirft viele Fragen und Emotionen auf.

Deshalb ist es notwendig, dass wir verlässlich, stabil und informiert den Alltag gestalten und dafür müssen wir uns engagieren.

Was könnte die Gemeinde für uns Düdinger/-innen tun?

Sie würde es sehr begrüßen, wenn die Gemeinde auf ihrer Homepage zuverlässige Informationsquellen von bereits vorhandenen Webseiten verlinken würde, wie zum Beispiel:

- Seriöse Internetseiten zur aktuellen Lage
- Geeignete Apps, welche uns umgehend bei einem Ereignisfall informieren und warnen
- Szenario im Ernstfall
- Adressen und Koordination für Schutzsuchende
- Links für Eltern und Kinder, wenn der Krieg die Psyche belastet
- Aufruf zum Faktencheck, um sich von Fake-News zu schützen

Ende 2020 waren weltweit über 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Kinder und Erwachsene werden aus ihrer Heimat vertrieben wegen Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Hunger, Klima, Umweltschutz, Diskriminierung und Verfolgung.

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen schätzt, dass sich die Zahl der Zwangsvertriebenen in den kommenden Jahren auf 100 Millionen erhöhen wird. Mit diesem Wissen und dem heutigen Aufruf zur Solidarität, sind wir der Meinung, dass wir die Augen nicht mehr verschliessen können und fordern den GR auf, den aktuellen Budgetbetrag für Hilfsaktionen, karitative Aufgaben, Inland- und Auslandshilfen zu überdenken, um diesen zu erhöhen und ab nächstem Jahr mit zum Beispiel einem Promille des Gesamtbudget ins Budget aufzunehmen.

Auch uns ist bewusst, dass wir damit keine grundlegenden Veränderungen erreichen, doch Solidarität ist keine einmalige Sache – es ist eine Grundhaltung.

Wir tragen alle zusammen eine Verantwortung gegenüber anderen Menschen, denn eines ist sicher: Niemand flüchtet freiwillig.

David Bossart (FDP. Die Liberalen): Der Krieg in der Ukraine und die daraus entstehende Not berührt uns tief. Die Spende- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist allgemein gross – ein echtes Zeichen von Solidarität! Daher werden wir geschlossen der Resolution "Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung" zustimmen.

Auch die Gemeinde Düdingen kann und soll im Rahmen seiner Möglichkeiten spenden. Trotzdem werden wir gegen die Motion stimmen. Die Ausgaben sind nicht budgetiert. Der Betrag erscheint uns zu hoch, wo die Gemeinde doch primär andere Aufgaben hat. Angesichts der grossen Betroffenheit in der Bevölkerung erscheint es uns aber angebracht, wenn der GR die Bevölkerung ermuntert, die bereits angekündigte Spende durch freiwillige Spenden zu ergänzen. So wäre beispielsweise ein Düdinger Sammeltag für Notleidende in oder aus der Ukraine möglich. Am Ende des Tages könnte der gemeinsam gesammelte Betrag sogar höher sein als der nun zur Diskussion stehende.

Thomas Meyer (Die Mitte): Er nimmt im Namen der Die Mitte-Fraktion Stellung zur Motion und gleichzeitig zum Postulat, welche eingereicht wurden.

Wir alle sind erschüttert und fassungslos über die Lage in der Ukraine und dem Leid, dass der Bevölkerung angetan wird.

Die eindrückliche Hilfsbereitschaft in der Schweiz, Europa und weltweit beweist, wie viele Menschen sich aktiv beteiligen und ihre Solidarität ganz handfest zeigen. Wir hoffen, dass man dadurch den Betroffenen ein wenig Mut machen und sie unterstützen kann. Wir danken für den Vorstoss der SVP, das Thema aufzugreifen und sich zu fragen, was unsere Gemeinde beitragen kann.

Wir danken auch dem GR, welcher beschlossen hat, als Sofortmassnahme einen Betrag als Zeichen der Solidarität zu spenden. Wir unterstützen den GR auch in der Festlegung vom Betrag, den er als angemessen findet und wollen uns in diese Kompetenz nicht einmischen.

Wir sind nicht so zuversichtlich, wie der Sprecher der SVP, dass die Krise für die Flüchtenden in Kürze zu Ende sein wird. Deshalb richten wir einen Appell an den GR aktiv und grosszügig die Aufnahme von Flüchtenden in unserer Gemeinde anzugehen, um ihnen Zuflucht zu bieten. Wir sind sicher, dass der GR auf tatkräftige Unterstützung unserer Bevölkerung zählen kann und die Ukrainerinnen und Ukrainer mit einem grossen Herz und viel Engagement bei uns aufnehmen werden.

In dem Sinne empfiehlt unsere Fraktion die Motion abzulehnen.

Hingegen unterstützen wir gerne die Resolution der FW/glp/ML-CSP/Grüne und demzufolge einen kleinen Beitrag zu leisten.

Larissa Müller (JLD): Es ist keine Frage, die Situation, der Krieg, in der Ukraine ist schrecklich und für uns, die eine solche Situation noch nie erlebt haben, unvorstellbar. Familien werden auseinandergerissen, Menschen haben kein Zuhause mehr und haben keine Sicherheit den heutigen Tag zu überleben. Es braucht auf jeden Fall solidarische Hilfeleistungen von uns Mitmenschen auf der ganzen Welt.

Wir, die Junge Liste, haben uns aber gefragt, ob ein so grosser Geldbetrag von einer offiziellen Behörde, wie der Gemeinde der richtige Weg dafür ist. Besonders, da wir uns die Fragen stellen: Wie, wann und wo wird schlussendlich unser gespendetes Geld eingesetzt und hilft es der ukrainischen Bevölkerung in dieser Form, in diesem Moment wirklich am meisten?

Unserer Ansicht nach besteht eher ein Handlungsbedarf im Sinne von einer tatkräftigen Unterstützung, wenn die Flüchtlinge hier bei uns in der Gemeinde ankommen, wie dies bereits heute der Fall ist. Inwiefern kann die Gemeinde als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, welche helfen möchten, oder sogar als Koordinationsstelle von Unterstützungsmöglichkeiten hier vor Ort dienen? Wir haben hier auch an Material für die Schule und andere Sachen gedacht, welche im Alltag unterstützen. Wie können wir die direkte Hilfe hier vor Ort am besten organisieren und gewährleisten? Dies sind alles Fragen, welche es in den nächsten Wochen und Monaten zu klären gilt.

Aus diesem Grund haben wir uns dazu entschieden, die Motion "Nothilfe Ukraine" nicht zu unterstützen, aber dafür unser Sitzungsgeld gerne im Sinne der Resolution "Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung" zu spenden.

Abschliessend möchten wir dem GR herzlichst Danke sagen, für die Spende von CHF 7'500.- für die ukrainische Bevölkerung.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung der Motion darüber zu befinden.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 41

Die Motion wird mit 21 JA-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

3.3.2 Resolution "Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung"

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Die aktuelle Situation in der Ukraine, die ausschlaggebend für die vordere kurzfristige Motion war, hat auch die Fraktion der FWD/glp/ML-CSP/Grüne zu einem parlamentarischen Vorstoss bewegt. Sie haben eine Resolution eingereicht. Zur Erinnerung: Eine Resolution kann sehr kurzfristig, d.h. auch am Abend der GnR-Sitzung eingereicht werden und hat lediglich den Charakter einer Erklärung/einer Äusserung und zieht keine verbindlichen Massnahmen mit sich.

Sie weist darauf hin, dass ein kleiner Fehler beim Versand unterlaufen ist. Am Freitag wurde die erste Version der ersten Verfassung verschickt und nicht die überarbeitete Fassung. Es gab eine kleine Formulierungsänderung. Die korrekte Version der Resolution wird am Beamer angezeigt.

Die Resolution ruft zur Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung auf und empfiehlt den GnR, das heutige anfallende Sitzungsgeld zugunsten der Nothilfe in der Ukraine zu spenden.

Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Resolution an der Versammlung vom 14. März 2022 zu behandeln.

Einleitung:

Nathalie Schneuwly (gemeinsam weiter): Wir haben einiges von diesem Leid gehört und können zusätzlich zu dieser Motion noch selbst etwas machen, und zwar mit der Resolution "Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung". Diese Situation beschäftigt die ganze Welt. Die medialen Berichterstattungen und Aussagen der direkt betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainer löst eine grosse Betroffenheit aus. Der russische Aggressor schafft mit seiner Zerstörungswut in der Ukraine eine Situation, die wir uns bis dahin nicht vorstellen konnten. Ein bis anhin demokratisch geführtes Land ist schwer geschädigt, wenn nicht ganz zerstört worden.

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere solidarische Hilfe, jetzt und sicher auch später, wenn es um den Wiederaufbau geht.

Verschiedene Hilfswerke führen Sammelstage durch und die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung ist riesig. Wir können Solidarität beweisen, indem wir auf das heutige Sitzungsgeld verzichten zu Gunsten der notleidenden Bevölkerung.

Wenn dem Resolutionsantrag zugestimmt wird und dies so zusammen proklamieren. Wir werden auf den Tischen beim Apéro ein QR-Code aufstellen, welcher gescannt werden kann und so den Link auf die unicef Direkthilfe findet oder auch das Vorgehen wie ihr per Twint spenden könnt.

Wir bitten euch, liebe Kolleginnen und Kollegen vom GnR, unserer Resolution zuzustimmen und danken euch allen für die Solidarität.

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Da eine Resolution eine reine generalrätliche Angelegenheit ist, nimmt der GR keine Stellung dazu.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung der Resolution darüber zu befinden.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 41

Die Resolution wird einstimmig genehmigt.

3.3. Weitere parlamentarische Vorstösse

Es liegen keine weiteren parlamentarischen Vorstösse vor.

7.90.0.040 Konzepte, Maketten

31 Arealplanung Leimacker - LeimackerARENA Vorstellung Machbarkeitsstudie und Masterplan "Leimacker-Arena"

Ressort GR Niklaus Mäder: Anhand einer Präsentation wird er die Ausgangslage/Vision, Organisation, Vorgehen, Ergebnis und das weitere Vorgehen vorstellen.

Ausgangslage/Vision:

Wir haben folgende Vision: Weiterentwicklung des bestehenden Sportareals Leimacker zu einem Spot- und Freizeitzentrum.

Zu dieser Vision sind wir nicht einfach auf einmal gekommen, es sind Bedürfnisse und Anregungen vorhanden. Die touristischen Unterkunftsmöglichkeiten in Düringen sind als bescheiden eingeschätzt worden und so ein Bedürfnis angemeldet. Mit einer Synergienutzung mit dem Sport, sei es für Sportlager usw. im Raum Leimacker die Übernachtungsmöglichkeiten realisieren. Wir kennen alle unsere Turnhalle im Leimacker, welche nun auch ins Alter gekommen ist und es sollte langsam eine Renovation in Betracht gezogen und angegangen werden. Hier wollten wir herausfinden, ob es Synergien mit dem Schul- und Freizeitsport geben könnte.

Eine IG Sporthalle ist auf uns zugekommen, da sie gerne eine neue Sporthalle mit Zuschauerrängen oder Tribünen möchten. In der Strategie "Tourismus im Sensebezirk 2030" ist die Rede von einer Curling Halle. Im Kanton Freiburg gibt es keine Curling-Halle, diese könnte im Zusammenhang mit der Eishalle betrieben werden.

Die Initianten sind die Gemeinde Düringen, IG Sporthalle, Regional-Eisbahn Sense-See AG und der Gemeindeverband Region Sense.

Das Ziel ist kurz zusammengefasst, ob sich das Areal Leimacker für ein regional touristisches Sportzentrum eignet.

Organisation:

Er erklärt das Organigramm anhand der Präsentation. Die vier Träger dieser Studie sind die Gemeinde Düringen, Düringen Tourismus, Region Sense und der Kanton mit dem Volkswirtschaftsdepartement (VWD). Es wurde eine Begleitgruppe ins Leben gerufen, mit dem GA, mit zwei GR, mit einem Vertreter von Düringen Tourismus, mit einem Vertreter der Regionaleisbahn Sense-See AG und einem Vertreter von der IG Sporthalle. Die Projektleitung hat der Leiter des Bauamtes übernommen.

Vorgehen:

Die Terminplanung wird bei der Präsentation eingeblendet. Bei der Phase 0 wurde mit der Grundlagenarbeit begonnen. Es wurde eine Bedürfnisanalyse mit den Sportstättenbetreibern, Vereinen, Tourismus und der Gemeinde bis Mitte letzten Jahres durchgeführt. Dann wurde die Phase 1 ins Leben gerufen mit der Machbarkeitsstudie Architektur und Verkehr, es wurde ein Betriebskonzept verlangt, eine Machbarkeitsprüfung wirtschaftlich und zuletzt wurde ein Schlussbericht erstellt.

Das Planerbüro hat mehrere Sitzungen mit der Begleitgruppe organisiert. Wir haben Zwischenergebnisse diskutiert und angepasst.

Bedürfnisanalyse:

Wir von der Gemeinde haben Bedürfnisse und diese analysiert. Von seiner Seite her gab es das Bedürfnis betreffend Verkehr, Mobilität und Parkierung. Wir wissen alle, wenn es Grossanlässe im Raum Leimacker gibt, besteht ein Problem mit der Parkierung. Der Bus kann zum Teil nicht mehr zur Haltestelle fahren, wenn falsch parkiert wird. Dann gibt es Reklamationen seitens der TPF. Es wird wild parkiert. Die Immobilienstrategie 2030 hat ebenfalls aufgezeigt, dass im Schulsport noch ein Bedürfnis da ist, Hallen zu bauen.

Dann die privaten Betreiber, vor allem die Regionaleisbahn Sense-See AG, welche Bedürfnisse diese in Zukunft haben. Curling, oder die IG Sporthalle. Der Tourismus mit dem Bedürfnis der

Übernachtungsmöglichkeiten und schlussendlich wurde auch bei den Vereinen (Beach-Volley, Bogenschiessen, Fussball etc.) angefragt, welche auch das Leimackerareal nutzen.

Ergebnis:

Zuerst wurde festgestellt, dass die Übernachtungsstrukturen beim Leimacker keinen Sinn machen. Die Synergien mit Sport und Tourismus verfügt über ein beschränktes Potential. Für den Tourismus ist es im Leimacker zu ablegen. Daher wurde dies früh in der Studie abgeschrieben.

Das Synergiepotential zwischen den verschiedenen Projektideen auf dem Leimackerareal ist gering. Dadurch wurde entschieden einen Masterplan auszuarbeiten, welcher eine unabhängige Etappierung möglich macht.

Die Kostenschätzungen liegen bei allen 3 Szenarien zwischen CHF 60 Mio. und CHF 65 Mio.

Es wurde festgestellt, dass der Robinsonspielplatz mehr oder weniger unverändert erhalten bleiben sollte. Er wird von den Planern als sehr wertvoll und erhaltenswert eingestuft. Infolge des Waldabstands kommt er uns auch nicht in den Weg. Je nach Projekt werden gewisse Anpassungen möglich sein.

Wenn der Masterplan voll umgesetzt werden sollte, müssten wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einen Detailbebauungsplan (DBP) machen.

Eine Weiterentwicklung vom Mobilitätskonzept ist in jedem Fall dringend empfohlen, für die anstehenden Probleme, welche wir heute zu lösen haben, aber auch bei neuen Projekten, dies zusammenhängend angeschaut wird.

Priorisiert wird die Entwicklung des Schul- und Vereinssport innerhalb der Gemeinde. Ist der Leimacker der richtige Standort? Diese Frage der Überregionalität hat die Gemeinde Düringen geklärt. Den Masterplan umzusetzen, geht sicher über die Bedürfnisse, welche die Gemeinde hat. Nebst dem, dass es natürlich von der finanziellen Seite her abgeklärt werden muss, ob das Bedürfnis in der Region oder im Kanton vorhanden ist, um in Düringen im Raum Leimacker ein überregionales Spotzentrum zu erstellen.

GR Niklaus Mäder geht anhand der Präsentation auf die drei Entwicklungsszenarien ein.

- Szenario A wäre eine neue Sporthalle hinter der Bestehenden und die Curlinghalle in der Bucht der Eishalle, was auch sinnvoll ist.
- Szenario B wäre die Sporthalle und die Curlinghalle im gleichen Gebäude.
- Szenario C sieht eine neue Sporthalle mit der Curlinghalle im hinteren Bereich der jetzigen Eishalle vor. Dann würde die bisherige Sporthalle abgerissen und ein schöner Platz gestaltet.

Der Platz ist beschränkt. Wir haben vier Baufelder und davon sind zwei bereits besetzt. Somit müsste entweder ein Gebäude abgerissen werden oder hinten zu den bestehenden Bauten gebaut werden. Die sind in der Planung so einzunehmen oder freizulassen.

Weiteres Vorgehen:

Die Aufzählung in der Präsentation soll keine Priorisierung sein, sondern kann parallel laufen. Wichtig ist, dass wir mit den privaten/halbprivaten Infrastrukturbetreibern zurechtkommen. Wie sehen die Ziele aus, haben sie einen Umsetzungszeitpunkt, wie möchten sie es finanzieren? Wir müssen uns politisch entscheiden, wollen wir im Leimacker eine regionale Sportinfrastruktur erstellen oder möchten wir uns darauf beschränken, dass wir dieses Vorhaben selbst machen möchten.

Wie möchten wir das Projekt etappieren und natürlich auch welche politische Entscheidungsfindung? Wie wollen wir mit der Turnhallenkapazität umgehen? Möchten wir den Schulsport weiterhin im Leimacker haben oder haben wir einen anderen Platz für die Bedürfnisse, welche bei der Strategie ausgewiesen werden.

Mit der Erarbeitung eines Erschliessungs- und Mobilitätskonzept könnte begonnen werden. Wie sieht die Parkierung in Zukunft aus? Wie durchlässig ist das Quartier? Wo ist die neue Haltestelle?

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Danke GR Niklaus Mäder für diese Ausführungen. Ein grosses Thema, welches uns vorgestellt wurde. Gibt es Fragen aus dem GnR?

Wortmeldungen:

Edgar Jenny (FWD): Zuerst möchte er dem GR danken für den sehr ausführlichen und seriösen Bericht. Er hat sich diesen Sonntag die Zeit genommen und diesen gelesen. Es dauert ca. 5-6 Stunden, für jene, welche diesen noch nicht gelesen haben.

Die Kosten von diesem Bericht sind natürlich auch ziemlich hoch.

Er hat dazu folgende Fragen: Die Machbarkeitsstudie wurde dem GR Ende 2021 von der Firma Basler-Hofmann ausgeliefert. Warum wurde die Machbarkeitsstudie nicht schon im Januar 2022 den GnR zur Information zugestellt, damit man sich für heute Abend besser darauf hätte vorbereiten können? Er ist sich sicher, die meisten haben diese nicht gelesen und haben bis vor einer Woche noch nie etwas von der Leimackerarena gehört. Es ist eine wichtige Sache, welche auf uns zukommt.

Die zweite Frage: Warum wurde die Presse schon vor der heutigen GnR-Sitzung informiert?

Noch etwas zur Kommunikation: Er hat manchmal das Gefühl, dass die GR uns GnR ein wenig als Feinde ansehen, anstelle als Personen, welche die Gemeinde vorwärtsbringen möchten. Kommunikation ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Wenn der GnR gewisse Dinge nicht weiss, kann auch nicht darüber diskutiert werden. Dazu ein Zitat von Cyril Parkinson: "Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerüchten, Geschwätz und Gift."

GA Urs Hauswirth: Wie im Titel der Machbarkeitsstudie ersichtlich ist, sind Düringen Tourismus, Gemeinde Düringen, Gemeindeverband Region Sense und nrp Neue Regionalpolitik die Träger der Erarbeitung dieser Studie. Wir haben bei der nrp ein Gesuch für die Mitfinanzierung über den Kanton gestellt. Das Gesuch wurde letztes Jahr bewilligt. Auf Grund dieser gesprochenen Gelder haben wir einen Vertrag mit der Wirtschaftsförderung ausgearbeitet, bei dem erwähnt wird, dass die Kommunikation über den Kanton stattfinden wird. Wir haben, nachdem wir den Schlussbericht von Basler-Hofmann erhalten haben, den Bericht im GR genehmigt. Der genehmigte Bericht wurde dann dem Kanton zugestellt. Die Presse ist ihm schon damals auf die Pelle gerückt, da sie von dieser Ausschreibung gewusst haben. Das wurde so publiziert. Weil der Kanton die Ausschreibung machte, ist die in irgendeinem Forum aufgetaucht, dass die Arbeit vergeben wurde.

Es geht nicht darum, dass ihr diese Informationen nicht haben sollt. In unseren Augen war es überhaupt kein Vakuum. GR Niklaus Mäder hat es gut erklärt, da mehrere Bedürfnisse im Raum gestanden sind. Es wird seit Jahren darüber diskutiert. GA UH ist damals in die Politik eingestiegen, als über ein Vereinshaus mit Sitzungszimmern dort oben diskutiert worden ist. Die Palette hat sich in den letzten Jahren dermassen angehäuft, dass wir uns dazu entschieden haben, dies so aufzugleisen. Übrigens ist es Bestandteil der Immobilienstrategie und bereits damals erwähnt, dass dieses Projekt separat angeschaut wird und wurde nun auch so gehandhabt.

Grosse Interessen haben private Investoren, welche in Zukunft auf Gemeindeboden investieren möchten. Sie haben die Bedürfnisse bei uns angemeldet, welche auch nicht gerade über die Presse an die Öffentlichkeit hätten gelangen sollen. Darum auch dieses Vorgehen.

Die Kommunikation hat dann so stattgefunden, dass der GnR kurz vor der Presse informiert wurde mit dem Bericht. Selbstverständlich war es euch nicht möglich, diesen 5-6-stündigen Bericht einfach so zu lesen. Daher heute diese Information, was in etwas dort erwähnt ist und auch das weitere Vorgehen.

GA UH weist noch auf den Satzungssatz in der Präsentation hin: "Der Zeitpunkt für die Umsetzung dieser nächsten Schritte ist gegenwärtig noch nicht bestimmt." Das ist jetzt die politische Findung und da ist am Schluss sicher auch der GnR involviert, wenn es darum geht, entsprechende Gelder zu sprechen für die weiteren Planungen.

Kuno Werro (Die Mitte): Er spricht in seinem eigenen Namen. An der vergangenen Fraktionssitzung haben wir noch nichts gewusst. Zum Glück kann er zwischendurch noch im Traktor sitzen und Radio Freiburg hören und wurde so darüber informiert. Er war verblüfft. Ein Projekt von CHF 65 Mio. und ein GnR von Düringen, welcher nicht einmal davon gewusst hat. Er fühlte sich vor den Kopf gestossen.

Nichtsdestotrotz hat er sich trotzdem Gedanken gemacht und sich am Dienstag per Radio und Mittwoch per Zeitung informiert.

Er hat ein paar Fragen zur Machbarkeitsstudie Leimackerarena:

1. Welches Ziel verfolgte der GR mit der Studie, die einmal mehr mit CHF 115'000.- viel Steuergeld verschleudert hat?
Will der GR damit private Initianten zurückbinden oder verhindern, dass Privatpersonen, welche versuchen das Anliegen der Bevölkerung mitzugestalten?
Düringen hat doch schon in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht in Zusammenarbeit mit privaten Promotoren. Er erinnert an die Eishalle oder an das Stadion Birchhölzli. Die zwei Projekte, die ohne private Promotoren nicht hätten realisiert werden können.
Oder will Düringen gross auftrumpfen, obschon sie die nötigen Finanzen nicht hat?

2. Weshalb gibt der GR für eine Studie so viel Geld aus, obschon der GR sich bewusst sein sollte, dass ein derartiges Projekt nicht finanzierbar ist?
Bevor ein Steuerzahler oder ein Unternehmer investiert, stellt man sich die Frage, wieviel Mittel habe ich überhaupt zur Verfügung.
Investitionen planen, die nicht nötig sind und man sich auch nicht leisten kann, ist Verschwendung von Steuergeldern.
3. Weshalb kommt man auf ein Parkhaus, obschon bereits über 120 Parkplätze zur Verfügung stehen?
Für 5 bis 10 grössere Anlässe im Verlaufe des Jahres braucht es kein Parkhaus. Da können andere Lösungen gefunden werden, welche wir bereits mit unserem Ortsbus haben.
Er möchte daran erinnern, dass ein privater Promotor vor zwei Jahren bereit gewesen wäre, 160 Parkplätze unter dem Gänsebergparkplatz zu erstellen, ohne dass dies der Gemeinde etwas gekostet hätte. Der GR hat dies dankend abgelehnt.
4. Wie kommt man auf die Idee, für 10 bis 15 Spieler aus Deutschfreiburg eine Curlinghalle zu bauen?
Obwohl man weiss, dass eine Eishalle im Unterhalt sehr teuer, nicht nachhaltig und nicht finanzierbar ist?

Es wäre schade, wenn der GR, Promotoren, die bereit sind sich am Bau einer Sporthalle finanziell zu beteiligen, ausbremsen würde. Die Immobilienstrategie hat aufgezeigt, dass wir bis 2030 eine zusätzliche Sporthalle brauchen, nicht aber ein Parkhaus und auch keine Curlinghalle.

Er bittet den GR zu prüfen, ob nicht ein ähnliches Vorgehen gewählt werden sollte wie mit dem Bau der Eishalle und des Stadion Birchhölzli. Dafür bräuhete es jedoch eine Arbeitsgruppe, die in dieser Beziehung mehr Erfahrungen mitbringt. Danke für die Beantwortung der Fragen.

GR Niklaus Mäder: Bedankt sich für die Fragen. Zur ersten Frage, ob wir mit dieser Studie die privaten Investoren/Promotoren verhindern möchten. Es ist das Gegenteil. Es sind private Promotoren auf uns zugekommen, welche etwas machen möchten. Es stellte sich die Frage, wo wir dies machen möchten. Es war eine Arealstudie gewesen, wo etwas gebaut werden könnte, ob bei der Eishalle, beim Robinsonspielplatz. Das war der Ausschlag, warum wir die Studie in Auftrag gegeben haben, um die vorhin aufgezeigten Baufelder freihalten zu können, damit aufgezeigt werden kann, wo die Halle oder Infrastruktur geplant werden könnte. Und ob zusammen mit der Gemeinde oder alleine zu finanzieren. Mit der Eishalle haben wir einen Player auf dem Leimackerareal, welcher dies erfolgreich macht und das könnte uns unterstützen. Dasselbe ist auch beim Birchhölzli.

Zur Frage, weshalb wir ein Parkhaus erstellen möchten, um es dann 2-3 Mal zu füllen. Das hat er sich selbst auch gefragt. Wir haben auch noch nicht gesagt, dass dieses Parkhaus gebaut wird. Diese Parkplätze sind in den Normen der BASPO. Mit einem Mobilitätskonzept mit der Überbauung und der Anbindung an den öffentlichen Verkehr, kann dies nochmals überdenkt werden. Wir müssen den Promotoren mitteilen können, wie viele Parkplätze vorhanden sein müssen, damit es bewilligt wird. Oder was für Studien/Konzepte ausgearbeitet werden müssen, damit ein Parkhaus vermieden werden kann.

Zur Frage, wieso eine Curlinghalle, wenn niemand Curling spielt? Auf den ersten Blick mag es so scheinen, dass niemand Curling spielt. Aber auch hier sind private Promotoren auf uns zugekommen, welche eine solche Curlinghalle bauen möchten. Daher sollte diese am besten hinter der Eishalle gebaut werden, damit die gleiche Kälteanlage verwendet werden kann. Dies wurde mit der Eishalle abgeklärt. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass die Gemeinde eine Curlinghalle bauen und betreiben würde und niemand diese verwenden würde.

Schlussendlich ist diese Studie eine Arealstudie, es sind noch keine Projekte vorhanden und zeigt Szenarien auf. Jetzt wird angeschaut, was etappiert werden kann und was Sinn macht. Dies alles in ein Projekt aufzunehmen und in den nächsten 5 Jahren umzusetzen, das kommt nicht mal dem GR in den Sinn. Es geht darum, Antwort geben zu können, wenn private Promotoren auf uns zukommen und ihnen den richtigen Platz für deren Projekt aufzeigen können. Die Gemeinde hat die Studie auch finanziell unterstützt, er kann den genauen Betrag jedoch momentan nicht nennen. Es ist ein NRP-Projekt gewesen, welches uns unterstützt hat und die Region Sense. Für Düdingen-Tourismus bringt diese Studie auch etwas. Von daher, findet er das Resultat dieser Studie eine gute Sache.

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Möchte nicht Stellung nehmen oder ihre Meinung äussern, aber trotzdem erwähnen. Sie war letzten Freitag anlässlich eines Teamanlasses Curling spielen in Bern und es war lustig.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Die Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
32	Generalrat Verschiedenes

Laurent Baeriswyl (Die Mitte): Er spricht in seinem eigenen Namen und er hat zweierlei, auf das er in seiner Wortmeldung eingehen möchte.

Zum Ersten:

Im Mitteilungsblatt von diesem Monat auf Seite 4 lesen wir "Die Gemeinde Düringen tut nachhaltig etwas für die Umwelt". Dies im Zusammenhang mit der Anschaffung eines Fahrzeuges für den Werkhof.

Im Dezember 2019 hat der GnR das gleichnamige Postulat von Sarah Lenherr und ihm überwiesen. Mit der Antwort des GR waren wir damals nicht zufrieden, was er hier auch zum Ausdruck gebracht hat.

Was er jetzt aber wirklich toll findet, ist, dass im Gemeindeblatt offenbar eine Rubrik geschaffen wurde, die hoffentlich bleibt.

Weiter gratuliert er dem GR, dass praktisch in jedem Ressort auch Legislaturziele in Bezug auf die Nachhaltigkeit aufgenommen wurden. Auf das Verlesen der einzelnen Beispiele verzichtet er an dieser Stelle.

Nicht alles, aber einiges ist neu, wird ausgewiesen und weiterverfolgt. Der Wille und die Bereitschaft weiterhin etwas für unsere Umwelt zu tun ist klar ersichtlich. Vielen Dank.

Zum Zweiten:

Im Dorf werden immer mehr Strassen zu Tempo 30-Zonen, mit Schikanen wird die Durchfahrt erschwert. Nur mit der wohl meistbefahrenen Quartierstrasse der Gemeinde Düringen, der Gänsebergstrasse, nimmt man sich Zeit. Die Strasse notabene, welche die ganz grosse Mehrheit der 900 Schülerinnen und Schüler von Düringen tagtäglich benutzen.

Der GR hatte in der letzten Legislatur eine pfannenfertige Lösung, die im GnR leider keine Mehrheit gefunden hat. Dass diese Strasse bis heute also noch nicht beruhigt wurde, ist deshalb sicher nicht der Fehler des GR.

Und trotzdem kann man in den Legislaturzielen der Ressorts 6+7 lesen, dass die Realisierung der Umgestaltung der Gänsebergstrasse anschliessend an die Überbauung Gänseberg 1 in den Jahren 2025-2026, also am Ende dieser Legislatur geplant ist. Das sind 7 Jahre nach der Ablehnung durch den GnR – dies findet er sehr spät.

Seine Fragen an den GR sind die Folgenden:

- Als Aussenstehender hat man das Gefühl, dass die Überbauung Gänseberg 1 nur sehr schleppend vorankommt, ist die Realisierung in nächster Zeit gesichert?
- Wenn dies nicht der Fall ist, ist es eine Option, die Umgestaltung der Gänsebergstrasse vorzuziehen?
- Im Jahr 2023 werden laut Legislaturzielen des Ressorts 7 Vorstudien und Entscheide zur Gänsebergstrasse gefasst.
 - o Wurden nicht bereits Studien gemacht? Warum braucht es wieder Studien? Die Situation sollte doch bekannt sein.
 - o Wie sieht der Prozess vom Stadium Vorstudien bis zum Entscheid aus?
- Laut Legislaturzielen sollte die "Vision Bahnhofplatz 2021" und "Valtraloc" (Aufwertung der Ortsdurchfahrt) im 2023 an das Ressort 6 zur Umsetzung übergeben werden.
- Dürfen wir davon ausgehen, dass wenn der Bahnhofplatz oder die Ortsdurchfahrt erschwert und beruhigt wird, dass auch an die Begleitmassnahmen für die Gänsebergstrasse gedacht wird und der Verkehr nicht auf die Gänsebergstrasse getrieben wird.

Für die Beantwortung der Fragen und die damit verbundene Arbeit dankt er bestens.

GR Franz Schneider: Besten Dank für die Fragen. Es ist auch für ihn ein Projekt, welches länger dauert, als wir es uns vorgestellt haben. Es ist auf der Ebene der Ortsplanung. Er kann eigentlich von der

Ausführungsseite her, was sein Ressort betrifft, im Moment noch nicht viel sagen. Wie erwähnt wurde, wurde seinerzeit die Motion abgelehnt. Aber im Zusammenhang mit der Überbauung der Gänsebergstrasse 1 wird sicher dort die Verkehrssituation angeschaut. Was er entgegennehmen kann, ist die Anregung, dass man nicht bis dahin zuwartet. Er kann sich vorstellen, Tempo 30 unabhängig von der Realisierung bereits vorziehen, aber viel mehr kann er dazu nicht sagen. Der GR muss sich beraten, was gemacht werden kann, um die Situation für die Schülerinnen und Schüler zu entschärfen. Besten Dank.

Patrick Schneuwly (SP): Er erlaubt sich die Fragen von ihm und Thomas Meyer (Die Mitte) zu stellen. Am 13. Mai 2003 wurde an einer Gemeindeversammlung das Valtraloc-Konzept mit grosser Mehrheit verabschiedet. Umgesetzt wurde seit damals nur wenig (Bahnhofplatz, Migrosplatz, Bushaltestellen).

Die Herausforderungen wurden seit 2003 zu wenig aktiv angegangen und man hat es verpasst, die richtigen und wichtigen Grundsätze von Valtraloc aktiv umzusetzen. (VALTRALOC für "Valorisation des espaces routiers en traversée de localités", in deutsch "Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten").

Erlaubt uns folgende Fragen dazu:

- A Wie schafft es Düringen, dass mit der Neugestaltung dieses Strassenraums dieser für alle Beteiligten aufgewertet wird, so dass eine Steigerung der Attraktivität für das Wohnen und das Gewerbe möglich wird?
- B Bis 2025 müssen Valtraloc - Projekte gestartet werden (sonst laufen die Agglo – Gelder aus...). Wie sehen die diesbezüglichen Planungsarbeiten aus? Müsste der GnR nicht spätestens bis 2024 über diese Projekte beschlossen haben?
- C Auf Dezember 2020 wurde ein überarbeitetes Pflichtenheft zu Valtraloc versprochen. Wo stehen hierfür die Arbeiten? Wann wird dieses verabschiedet? Gibt es danach, und das ist entscheidend, einen Zeitplan für die Umsetzung der verschiedenen Massnahmen? Was können wir hier erwarten? Er wiederholt: Gibt es einen Zeitplan?
- D In der OPK wurde versprochen, dass das Projekt Bahnhofplatz / Bahnhofunterführung im Februar der Öffentlichkeit vorgestellt würde. Diese Arbeiten müssen mit den verschiedenen Aspekten von Valtraloc gekoppelt sein. Auch dieses Projekt muss nach unseren Informationen bis spätestens 2025 in Angriff genommen sein. Anlässlich der GnR-Sitzung im Oktober 2021 hat der zuständige GR bekräftigt, dass nun genug Studien und Umfragen gemacht worden seien und die Zeit für einen Entscheid reif sei. Wie steht es hier diesbezüglich? Wurde ein Vorstelldatum bestimmt?
- E Beabsichtigt der GR den GnR, das Gewerbe und die Bevölkerung in ihre Planung einzubeziehen und sie mitwirken zu lassen zu dieser Frage, die alle Düringerinnen und Düringer täglich direkt betrifft? Wie will er dies in der kurzen noch verbleibenden Zeit sicherstellen und wie sieht sein Zeitplan aus?

Die ganze Situation bereitet uns Sorgen, umso mehr sehr viele Projekte die nächsten wenigen Jahre auf die Gemeinde zukommen werden. Bezüglich Valtraloc ist es allerdings Zeit zu handeln. Die Ortsdurchfahrt sowie eine gesunde Raumgestaltung betrifft uns alle.

GR Niklaus Mäder: Dankt für die Zustellung der Fragen im Vorfeld und gibt gerne seine Antworten dazu:

- A Indem wir unser 2003 bewilligtes Valtraloc-Konzept überarbeiten lassen. Es ist vorgesehen im Juni 2022 bis Ende dieses Jahres. In der Überarbeitung ist ein Mitwirkungsverfahren im Pflichtenheft vorgesehen. Dort wird mit dem Planer und dem GR zusammen eine Bevölkerungsbefragung oder Informationsveranstaltung geben. So versuchen wir die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung in die Überarbeitung des Konzepts einfließen zu lassen, damit wir alle Bedürfnisse zumindest aufnehmen können.
- B Das ist korrekt. Wir sind stark unter Zeitdruck. Es gibt einen Zeitplan, und zwar ist vorgesehen, dass wir im Mai 2023 einen Projektierungskredit beim GnR beantragen. Mit diesem Projektierungskredit werden wir die einzelnen Projekte ausarbeiten, damit wir im Dezember 2024 einen Antrag im GnR für einen Objektkredit stellen können. Ziel ist es, dass wir spätestens im November 2025 mit dem Bau beginnen können und somit die Zeit einhalten können.
- C Das Pflichtenheft wurde im Dezember 2020 verabschiedet. Auf die Bemerkung vom Kanton wurde dieses wieder zurückgenommen, da wir die Studie "Vision Bahnhofplatz" abwarten sollten. Aufgrund der Studienergebnisse wurde das Pflichtenheft überarbeitet. Momentan ist es so weit, dass die Ortsplanungskommission und der GR es verabschiedet haben. Nun ist es zur Prüfung beim Kanton. Die Auftragsvergabe an die Planer für die Ausarbeitung dieses Konzepts ist Ende Mai 2022 vorgesehen. Zum Abschluss sollte Ende März 2023 ein vom Kanton bewilligtes Konzept vorliegen, wo die einzelnen Projekte rausgenommen werden können.
- D Betreffend Vorstellungszeitpunkt haben wir vorgesehen, Anfang Juni 2022 eine Informationsveranstaltung durchzuführen zur "Vision Bahnhofplatz" und zum Standortentscheid zur Unterführung, damit wir die Bevölkerung auf den neusten Stand bringen können.

- E Zur Unterführung haben wir einen Zeitplan erstellt. Wie zu Beginn erwähnt, ist ein Mitwirkungsverfahren auf Stufe Valtraloc vorgesehen. Eine Info-Veranstaltung ist für die Unterführung vorgesehen. Wie kann die Bevölkerung oder der GR mitarbeiten? Es wird sicher mit dem Projektierungskredit auch die Frage auftauchen betreffend Planungskommission. Ist diese dann eine GnR-Kommission oder nur eine GR-Kommission, da kann darüber diskutiert werden. Findet es gut, wenn der GnR hierfür auch eine Kommission einsetzen würde. Uns ist es wichtig, dass alle politischen, aber auch das Gewerbe und die Bevölkerung für beide Projekte (Valtraloc und Unterführung) miteinbezogen werden können, damit der vorgegebene enge Zeitplan nicht länger mit Einsprachen verzögert wird. Spätestens mit der Beantragung des Projektierungskredits werden wir auf die Frage zurückkommen. Dem GR ist es wichtig, Meinungen einzuholen, wie die Unterführung und das Valtraloc gestaltet werden könnten.

Patrick Schneuwly (SP): Was uns Sorgen bereitet ist, dass der Bedarf schon seit Jahren diskutiert wird. Es müssen nun Nägel mit Köpfen gemacht werden. Es muss vorwärts gehen, sonst verlieren wir dieses Geld. Wir wurden heute Abend über ein Projekt "Leimacker Arena" informiert. Diese Studie wurde innerhalb eines Jahres erstellt. Das Valtraloc wurde 2003 ins Leben gerufen. Wenn er sieht, was gegangen ist und es betrifft tausende Personen, welche tagtäglich dort mit dem Auto durchfahren, mit dem Velo, zu Fuss usw. Dies ist etwas, was vorangetrieben werden sollte. Das ist Lebensqualität und uns macht es wirklich Sorgen und wir wünschen, dass wirklich ersichtlich ist, was für Jahreszahlen drin sind, wie wird was und wann gemacht. Er wünscht, dass die GnR an einer GnR-Sitzung informiert werden, wie man unterwegs ist. Es ist übrigens auch eine grosse Sorge für das Personal auf der Gemeinde. Es ist wahnsinnig, wie viele Projekte anstehen und dass müssen sie im operativen Bereich stemmen. Es ist eine Sorge und kein Vorwurf. Wir möchten mitgeben im Sinne von: Nehmt es an die Hand und macht vorwärts.

Laurent Baeriswyl (Die Mitte): Er hat mehr erwartet auf seine Fragen von vorhin. Er hat seine Fragen vor einer Woche an 3 GR und an die GnR-Präsidentin geschickt. Die Präsidentin hat sie offensichtlich erhalten und vielleicht hat er die Mailadressen nicht richtig eingetippt und sind nicht eingetroffen. Er wäre froh, wenn seine Fragen an der nächsten Sitzung beantwortet werden könnten.

GA Urs Hauswirth: Besten Dank. Wir werden dies machen, es benötigt noch interne Abklärungen. Wir haben die Fragen alle erhalten. Die Gänsebergstrasse war bei uns nicht auf dem Radar. Sie ist verknüpft zusammen mit der Überbauung Gänseberg. Es gäbe jetzt wahrscheinlich intern einen Prioritätenwechsel und das muss besprochen werden. Wir werden anlässlich der nächsten GnR-Sitzung eine Antwort geben.

Anton Haymoz (SP): Er hat die Fragen nicht vorab zugestellt und diese können auch das nächste Mal beantwortet werden, falls nicht direkt geantwortet werden kann.

Er hat drei Anliegen:

1. Beitrag im Mitteilungsblatt vom Februar über den Abfall an den Sammelstellen
2. Aufgang zur Grandfey-Brücke
3. Grünabfuhr

1.: Im Mitteilungsblatt vom Februar war ein Bericht unter dem Titel "Gemeinsam für ein sauberes Düringen". Auf dieser Seite waren auch drei Fotos von überfüllten Abfallkübeln und Robidog. Ihr könnt es nachschauen im Februar-Blatt. Ja, es sieht nicht schön aus und die Gemeinde stellt sich selbst die Frage: Was kann die Gemeinde tun? Es gibt eigentlich keine Antwort. Wie wäre es mit entsorgen? Wenn ein Robidog oder ein Abfallkübel übervoll ist, sollte die Gemeinde ihn öfters leeren. Es gibt sicher eine Planung, wann und wo entsorgt werden muss.

Seine Frage: Wie oft werden in der Gemeinde die einzelnen Sammelstellen geleert und gibt es einen Unterschied zwischen Sommer und Winter? Dazu können die Mitarbeiter des Werkhofs dem GR sicher gute Vorschläge machen.

2.: An der letzten Sitzung vom GnR wurden wir informiert, dass für den Aufgang zur Grandfey-Brücke noch nicht entschieden sei und noch ein Treffen mit Herr Jürg Consent von der SBB ansteht. Seine Fragen:

- Hat ein Treffen mit Herr Jürg Consent stattgefunden?
- Welche Stellen sind an diesem Projekt involviert und was sind ihre Auflagen und Aufgaben?
- Wird die Ausführung der Rampe zur Grandfey-Brücke dem GnR noch vor dem Kreditbegehren vorgestellt?
- Gibt es einen Zeitplan und wie sehen die nächsten Schritte aus?
- Stimmt es, dass Herr Consent einen Bericht verfasst hat? Wenn ja, ist der Bericht öffentlich oder nicht?

Der GnR und sicher auch die Bevölkerung, würden es sicher begrüßen, regelmässig vom GR über den Stand der Planungsarbeiten informiert zu werden.

3.: Dies ist ein kleines Anliegen, bei dem ihn mehrere Hausbesitzer mit Garten gefragt haben, ob es nicht möglich sei, einen zusätzlichen Kübel für Grünabfall aufzustellen. Manchmal gibt es viel Grünabfall und manchmal weniger. Sie würden die zusätzliche Vignette gerne bezahlen. Die Kosten würden die Eigentümer übernehmen und für die Gemeinde gäbe es gar keine. Die Verwaltung hat mit Verweis auf das Reglement keine weiteren Vignetten herausgegeben. Das ist auch richtig so. Der GR hat aber laut Reglement die Kompetenz, zusätzliche Vignetten abzugeben.

Seine Frage: Will der GR von seiner Kompetenz Gebrauch machen und allen die wollen eine zusätzliche Vignette verkaufen?

Wie bereits erwähnt, die Fragen müssen nicht sofort beantwortet werden. Diese können an der nächsten Sitzung beantwortet werden. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

GR Franz Schneider: Besten Dank für die interessanten Fragen, welche wir gerne entgegennehmen. Wir werden diese vor der nächsten GnR-Sitzung bearbeiten, da die eine Sache bereits in der nächsten Kommissionssitzung behandelt wird und dem GR unterbreitet wird.

Stefan Siegenthaler (SVP): Ihm sind in den Diskussionen einige Dinge aufgefallen. Er bittet den GR, dass er genug früh GnR-Kommissionen einberuft. So z.B. für die Leimackerarena, wenn ersichtlich ist, in welche Richtung es gehen wird, wenn die Region Sense und der Kanton Entscheide getroffen haben, damit diese besprochen werden können. Wir haben auch andere Projekte. Es liegt auch an uns GnR harte Entscheide zu treffen, dass das eine oder andere Projekt vielleicht zurückgestellt werden muss und nicht alles realisiert werden kann. Aber dass die Parteien so früh wie möglich eingebunden werden und dort Informationen haben, so dass sie die Entscheide auch fällen können. Wir treffen Entscheidungen, welche die Bevölkerung von Düringen, unter anderem finanziell, aber auch mit dem Verkehr stark treffen können. Dies sind zum Teil sehr heikle Themen. Daher bittet er darum, dass die GnR früh genug miteinbezogen werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Carole Fasel, Präsidentin GnR (JLD): Am Montag, 9. Mai 2022 findet die nächste GnR-Sitzung statt. Damit haben wir das Ende der heutigen Sitzung erreicht.

Wie bereits erwähnt, die Fraktion FWD/glp/Mitte-Links CSP/Grüne lädt zum Apéro im Foyer ein. Vielen Dank der Verwaltung und der Fraktion für das ermöglichen.

Weiter dankt sie allen Mitgliedern des GnR und des GR für das Mitwirken an der heutigen Sitzung und vielen Dank an die Zuschauerinnen und Medienvertreterinnen für ihr Interesse.

Ein besonderer Dank geht an das Team der Gemeindeverwaltung, an den Podiums-Abwart und an den Techniker für die Hilfe bei der Umsetzung dieser Sitzung.

Sie wünscht allen eine gute Zeit und ein schönes Frühlingserwachen. Kommt alle gut nach Hause.

Somit erklärt sie die heutige Sitzung als geschlossen.

Gemeinde Düringen

Eliane Waeber
Gemeindeschreiberin

Carole Fasel
Generalratspräsidentin